

„Arbeitsunlust in vermehrtem Maße“

Vor 64 Jahren wurde auch den Polen in Forst per Erlass jede Rechtssicherheit genommen

FORST. Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen wurde maßgeblich in der jüngeren Vergangenheit geprägt. Vor 64 Jahren, am 8. März 1940, traten in Deutschland die „Polen-Erlasse“ in Kraft, deren Regelungen für Polen tödlich sein konnten.

VON JÜRGEN SCHOLZ

Der zunehmende Arbeitskräftebedarf hatte dazu geführt, dass wenige Monate nach Kriegsbeginn bereits die ersten kriegsgefangenen Polen zur Arbeit in Deutschland eingesetzt wurden. So entstanden beispielsweise im Dezember 1939 in Sacro, Simmersdorf und Klein Kölzig kleinere Lager. Die Gefangenen in Sacro und Simmersdorf wurden zunächst bei Meliorationsarbeiten im Bereich der Genossenschaft Naundorf-Sacro sowie bei Klein Jamno eingesetzt. Nach und nach wurde wegen des Arbeitskräftemangels dazu übergegangen, auch zivile Arbeitskräfte in Deutschland einzusetzen. Die zunächst auf Freiwilligkeit basierende Werbung der Arbeitsämter wich allerdings bald immer restriktiveren Maßnahmen bis hin zur flächendeckenden Zwangsrekrutierung ganzer Jahrgänge.

Dieser Vorhang blieb nicht abstrakt und fern von Forst: Unterlagen aus dem Stadtarchiv Forst belegen, dass bereits im September 1940 im Lager der deutschen Sprengchemie bei Scheuno etwa 540 Polen lebten. Im gleichen Jahr wurde damit begonnen, die polnischen Kriegsgefangenen in einen Zivilarbeiterstatus zu überführen. Eine Liste im Brandenburgischen Landeshauptarchiv führt allein für den Kreis Sorau 26 Arbeitskommandos mit über 1000 Gefangenen auf. Darunter fielen die Arbeitskommandos in „Sackrow“ (61 Gefangene), Simmersdorf (70) und Klein Kölzig (88). Fast gleichzeitig begannen die Vorbereitungen, unter anderem die Lager in Sacro und Simmersdorf wieder mit jeweils 50 „Westgefangenen“ zu füllen.

Vorgeschobenes Volksempfinden

Zu diesem Zeitpunkt waren die Polen bereits vielfältiger Willkür ausgeliefert. Denn mit den Erlassen traten neben einer Kennzeichnungspflicht auch zahlreiche Sanktions- und Strafmaßnahmen in Kraft. Immer wieder vorgeschoben wurde als Grund das vermeintliche „gesunde Volksempfinden“. Polen durften sich nicht frei bewegen, zeitweise nicht einmal ein Fahrrad besitzen. Sie durften nur in spezielle Gaststätten gehen, bei tatsächlicher oder vermeintlicher „Arbeitsunlust“ drohten ihnen Strafen, wie die Überweisung in ein „Arbeitserziehungslager“ (AEL). Diese Lager, für Forst war das nächste AEL das „Oderblick“ bei Schwetig, hatten mit Erziehung aber wenig zu tun: Weitere Einschränkungen der ohnehin knappen Nahrungsrationen, Gewaltanwendungen und noch höhere Arbeitsanforderungen machten den Insassen das Le-



Im Lager „Scheuno-Ost“ der Deutschen Sprengchemie lebten im September 1940 über 500 Polen, für die der katholische Pfarrer Gottesdienste abgehalten hat.

Foto: Jürgen Scholz

ben so schwer, dass Historiker die Zustände mit denen in Konzentrationslagern vergleichen. Die Polen waren mit den Erlassen außerhalb der ohnehin schon strapazierten Rechtsprechung des Deutschen Reiches gestellt worden. Das Strafmaß war der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) vorbehalten, nur gelegentlich gab es Diskussionen in den Verwaltungen des Regierungsbezirkes Frankfurt (Oder), dass es doch eigentlich an einer gesetzlichen Grundlage fehle. Über das Schicksal der Ausländer entschied allein die Gestapo. Für den Fall eines tatsächlichen oder vermeintlichen intimen Verkehrs mit einer deutschen Frau drohte einem polnischen Mann die Todesstrafe.

Verfolgung nahm zu

Für Forst konnte so ein Fall bisher nicht nachgewiesen werden. Allerdings geht aus den Unterlagen des Forster Stadtarchives hervor, dass zwischen März 1940 und November 1942 allein wegen Verstößen gegen die Kenntlichmachung 69 Strafverfügungen gegen polnische Zivilarbeiter erlassen wurden; Urteile der Gestapo an den Gerichten vorbei, die heute allerdings nicht mehr aufzufinden sind. An manchen Orten waren so viele Polen verhaftet worden, dass die örtlichen Polizeigefängnisse überfüllt waren und die Staatspolizeileitstelle in Frankfurt plante, das Auffanglager Meseritz bei Guben in ein „stapo-eigenes Lager zu verwandeln“, wo „längere Schutzhaft (bis zu drei Monaten) verbüßt werden

kannt“. Erst als im Arbeitslager Wuhlheide bei Berlin sich im September 1940 eine entsprechende Möglichkeit fand, nahm die Gestapo von diesen Plänen Abstand.

Soraus Landrat wollte mehr Regeln

Vielen Landräten gingen die Einschränkungen aber nicht weit genug. Der Landrat von Sorau schickte dem Regierungspräsidenten in Frankfurt (Oder) sogar den Entwurf einer Polizeiverordnung, die in weiten Teilen am 27. September 1940 so erlassen wurde, und die Lebensbedingungen der Polen über die reichsweiten Erlasse im Regierungsbezirk Frankfurt noch weiter einschränkte: Die Lager durften kaum noch verlassen und öffentliche Verkehrsmittel außerhalb des Nahbereichs nur für den Arbeitseinsatz genutzt werden. Der Besuch „deutscher Veranstaltungen kultureller, kirchlicher und geselliger Art“ war untersagt, ebenso der Verkauf von Alkohol an polnische Zivilarbeiter. Schon im Februar 1940 – also vor den Polenereissen – hatte eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten den Polen das Verlassen ihrer Unterkünfte zwischen 20 Uhr und 6 Uhr verboten. Ausnahmen galten nur arbeitsbedingt oder mit schriftlicher Genehmigung. In den zwölf Monaten nach dem November 1941 wurden im Stadtbezirk Forst lediglich 253 „Erlaubnisscheine für polnische Zivilarbeiter zum Verlassen des Arbeitsortes“ ausgestellt.

Insbesondere im ländlichen Raum sahen die Nationalsozialisten aber das Problem, dass die Saisonarbeit eine längere Tradition hatte. Mit den Erlassen sollte auch erreicht werden, dass die Einstellungen der Deutschen zu den Polen sich änderten. Arbeitgeber, die Verstöße gegen die Polizeiverordnung nicht meldeten, drohten ebenfalls Geld- oder Haftstrafen. Angesichts der trostlosen Situation scheint der Alkoholismus unter den Polen im Kreis Sorau ein immer gravierenderes Problem geworden zu sein. Nur kurz nach In-Kraft-Treten der Polizeiverordnung schickte der Sorauer Landrat einen Ergänzungsentwurf nach Frankfurt, weil die Polen dazu übergegangen seien, Brennspritus zu kaufen. Den Landrat bewegte die Sorge, dass „neben der großen Gefahr der gesundheitlichen Schädigung infolge des Genusses von Brennspritus die Trunksucht immer mehr überhand nimmt und zu Ausschreitungen, Arbeitsverweigerung und Arbeitsunlust in vermehrten Maße führt“.

Gottesdienst nur in Deutsch

Da die Polen nicht am Gottesdienst deutscher Gemeinden teilnehmen durften, bat der katholische Pfarrer Max Rauer im September 1940, Gottesdienste im Lager der Sprengchemie abhalten zu dürfen. Die polnische Sprache war verboten, mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion wurden auch die Gottesdienste zunächst verboten, später zumindest als „uner-

wünscht“ bezeichnet, da die Ausländer dort Nachrichten austauschten.

Unterschiedliche Verfahrensweisen gab es auch bei zunächst in Aussicht gestellten Urlaubsfahrten für die polnischen Zivilarbeiter. Dass die Deutsche Sprengchemie über die Weihnachtsfeiertage ihre polnische Belegschaft sogar per Sonderzug in die Heimat fahren ließ, sorgte in den Nachbarkreisen für Kritik. Weil immer mehr Polen nicht mehr zurückkehrten, wurden solche Fahrten stark eingeschränkt oder waren strengen Auflagen unterworfen. Im März 1941 gab es im Bereich des Kreises Sorau über 3200 polnische Zivilarbeiter; die Zahl der Geflüchteten ging in die Hunderte, in Forst waren es zwischen Dezember 1940 und Ende April 69. Im März 1941 wurden Urlaubseinfahrten reichsweit verboten – obwohl sie beispielsweise Arbeitern der gewerblichen Wirtschaft zugestanden hätten.

Die Unterbringung scheint in mehreren Fällen in Miethäusern aber auch abbruchreifen Gebäuden

stattgefunden zu haben, wie Unterlagen aus dem Forster Stadtarchiv belegen. So ist in einem Fall belegbar, dass der zweijährige Sohn eines polnischen Arbeiters der Firma Heinrich Schwiegk auf dem Forster Hauptfriedhof begraben wurde. Die Unterkunft für Vater und Sohn war in der Karlstraße. Weitere Unterkünfte für Polen waren in der Gubener Straße, der Schützenstraße, der Mittelstraße und der Frankfurter Straße.

Keine Zeitzeugenbrichte

Ob polnische Kinder in Forster Betrieben zur Arbeit eingesetzt wurden, ist nicht bekannt – rechtlich waren sie mit zunehmender Kriegsdauer nicht mehr gesetzlich davor geschützt. Ab 1943 gab es auch keine Bedenken mehr, Zehnjährige in der Industrie zu beschäftigen. Die Lebensbedingungen der Polen in Forst während des Krieges konnten bisher nur anhand einiger weniger Archivalien rekonstruierbar. Zeitzeugenberichte von Betroffenen sind bisher nicht bekannt.

HINTERGRUND

Grundlagen für den „Ausländereinsatz“

Die angeführten Daten stammen aus einer zweijährigen Recherche zum „Ausländereinsatz“ in Forst während der Kriegsjahre 1939 bis 1945. Die Nachforschungen sind Grundlage für die Abschlussarbeit eines berufsbegleitenden Studiums an der Freien Universität Berlin. Die Daten stammen zum großen Teil aus Archivalien des Stadtarchivs Forst und teilweise aus Restbeständen des Kreisarchivs Sorau in Zary sowie dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam.

Das „Herz-Börnchen“ soll in Teilen wieder entstehen

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Sacro und Bewohner aus Janiscowice richten Wege wieder her

Gemeinsam mit Janiscowicer Einwohnern haben Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Sacro begonnen, den Weg zwischen der ehemaligen Neißebrücke und dem einstigen Ausflugsziel „Herz-Börnchen“ wieder begehbar zu machen. Ortsvorsteher Andrzej Toporowski deutete an, dass „Herz-Börnchen“ möglichst wieder erstehen soll, wenngleich die Quelle versiegt und von den einstigen Anlagen kaum etwas übrig geblieben ist.

Der Quellbereich wurde vor 75 Jahren von Otto Max Wenkel angelegt und entwickelte sich zu einem beliebten Ausflugsziel. Als die RUND-SCHAU vor mehr als zehn Jahren über „Herz-Börnchen“ berichtete, meldete sich die Tochter des Erbauers, Ingeborg Adamek. Sie war als Kind mit ihrem Vater und ihren Geschwistern immer wieder nach Jähnsdorf gefahren, um die Anlagen zu erweitern. Der Va-

ter hatte bereits einen kleinen Teich mit Wasserpflanzen angelegt, in dem sich auch Fische tummelten. Bänke und Sitzgelegenheiten aus Birkenholz luden zum Verweilen ein.

Nach den Erinnerungen von Friedebald Britze (1916 - 1996) wäre der Schöpfer ein gewisser Herr Winkler gewesen. Die Namen Wenkel und Winkler könnten somit von ihm und anderen Zeitzeugen verwechselt worden sein. Auf jeden Fall wurden damals Röhren verlegt, um das aus einer Anhöhe austretende Quellwasser schneller abfließen und die Umgebung nicht noch morastiger werden zu lassen. Nach dem Aushub des erwähnten Teiches folgte ein zweiter kleinerer Teich, der ebenfalls mit Pflanzen gestaltet wurde. Die größer und schöner werdende Anlage sprach sich bei den Bewohnern von Jähnsdorf, Sacro, Mehlen, Forst und der weiteren Umgebung herum.

Nach Friedebald Britzes Erinnerungen sammelten die Sacroer Schüler Steine, um die Anlage weiter zu verschönern. Erwin Koslan soll es gewesen sein, der eines Tages einen herzförmigen Stein in der Größe einer geballten Faust fand, woraus sich der Name Herz-Börnchen ableiten ließ.

Der Bildhauer Otto Tiedke aus Berge polierte schließlich einen alten Gedenkstein auf und setzte den kleinen herzförmigen darin ein. Darunter war „Herz-Börnchen“ und die Jahreszahl 1928 eingemeißelt. Eine von Holz-Bildhauer Max Paulick (1879 - 1960) geschnitzte Tafel richtete sich an die Liebespaare: „Schneid' niemals in die Rinde Herz, Pfeil und Namen ein. Die Rinde glatt zu finden, wird jedem lieber sein. Auch ist es gänzlich schnuppe, daß hier zu lesen ist, daß Du mit Deiner Puppe mal hier gewesen bist!“

Aus Spenden rührte ein Bie-

nenkorb ebenso her wie eine am Hang aufgestellte Goethe-Büste: „Über allen Gipfeln ist Ruh, in allen Wipfeln spürest du kaum einen Hauch; die Vögelein schweigen im Walde, warte nur balde ruhest du auch.“

Nach 1945 geriet „Herz-Börnchen“ beinahe in Vergessenheit. Als zum Himmelfahrtstag 1992 sich eine Gruppe Radwanderer aus Forst zunächst per Bahn nach Zasieki und dann auf den Weg nach Jähnsdorf begaben, wurde der beschädigte Gedenkstein von „Herz-Börnchen“ nach längerem Suchen schließlich gefunden und provisorisch wieder aufgestellt. Trotz wackliger Angelegenheit blieb er zumindest an diesem Tag an seinem angestammten Platze stehen. Und wie der Janiscowicer Ortsvorsteher Andrzej Toporowski bestätigte, existiert der Stein heute noch und soll wieder aufgestellt werden. (gk)



Soll zumindest teilweise wieder entstehen: Das „Herz-Börnchen“, dessen Wege in deutsch-polnischer Nachbarschaftshilfe wieder hergerichtet werden.

Repor: Gerd Kundisch